



CDU

RATSFRAKTION
BRAUNSCHWEIG

Schlusserklärung zum Haushalt 2021

**Kai-Uwe Bratschke, stellvertretender Vorsitzender der
CDU-Ratsfraktion, im Rat am 23. März 2021**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es gibt so Momente im Leben, in denen ist man nicht stolz darauf, dass man Recht hatte. Und in einem solchen befinde ich mich gerade für die CDU-Fraktion. Unsere Warnungen der letzten Jahre haben sich auf dramatische Weise bestätigt.

In den vergangenen drei Jahren haben wir immer wieder angemahnt, dass wir die seinerzeitigen wirtschaftlich guten Jahre dafür nutzen sollten, um für schlechte Jahre vorzusorgen. Und wer wollte verneinen, dass die Corona-Pandemie ein wirklich schlechtes Jahr gebracht hat und wir noch lange nicht überblicken können, welche wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen die Krise hat.

Als im Februar des letzten Jahres der Haushalt 2020 beschlossen wurde, sind mehrere Redner auf den Beginn des neuen Jahrzehnts eingegangen. Corona war zu diesem Zeitpunkt nur eine ferne Bedrohung am Himmel und so führte Thorsten Köster für die CDU am Ende seiner Rede in Bezug auf die vor uns liegenden Herausforderungen aus:

„Mit dem Jahr 2020 beginnt nun also ein neues Jahrzehnt Was wird es uns bringen? Welche schönen und welche unangenehmen Momente erwarten uns? Wenn ich mich an das Jahr 2010 zurückerinnere, dann ich

damals einen Großteil der Herausforderungen noch nicht erahnen. Vermutlich wird das auch bei diesem neuen Jahrzehnt so sein. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir gerüstet sind – inhaltlich aber auch finanziell.“

Sicherlich hat niemand geahnt, dass bereits die folgenden Wochen eine starke Prägung für dieses neue Jahrzehnt vornehmen würden.

Und so bleibt uns auch mit Blick auf den Haushalt 2021 eine Metapher: Was macht der Kapitän eines Dampfers, wenn sich sein Schiff auf Kollisionskurs mit einem riesigen Eisberg befindet? Richtig, er steuert gegen und versucht mit allen Mitteln die drohende Katastrophe zu verhindern.

So entschlossen müsste auch die Finanzpolitik unserer Stadt gesteuert werden, um die Rekordverschuldung von rund einer Milliarde Euro und damit die immense Belastung künftiger Generationen doch noch zu verhindern.

Aber trotz vielfältiger, von uns unterbreiteter Ideen passiert nichts, einfach gar nichts. Die rot-grüne Ratsmehrheit tut so, als sei eine Verschuldung mit neun Nullen vor dem Komma gar nichts Ungewöhnliches.

Das ist aus unserer Sicht unverantwortlich. Und deswegen lehnen wir den Haushalt für das Jahr 2021 ab. Wir fragen uns, wieso es nicht auf breiter Front in diesem Rat den gleichen Veränderungswillen wie bei uns in der CDU-Fraktion gibt.

Ungeachtet dessen möchte ich an dieser Stelle aber zunächst im Namen der CDU-Ratsfraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung danken.

Sie haben dafür gesorgt, dass wir alle hier im Rat die Fakten vorliegen haben, die notwendig sind, um sachgerecht beraten zu können. Wie das

im politischen Leben aber nun einmal so ist, fällt die Bewertung der Fakten unterschiedlich aus. Aber dazu komme ich gleich.

Unsere mündlichen und schriftlichen Anfragen sowie Nachfragen zu Anträgen oder auch nur zum Zweck der internen Diskussion wurden immer schnellstmöglich beantwortet. Ich gehe davon aus, dass das auch bei allen übrigen Fraktionen so war. Nur so ist verantwortungsvolle Kommunalpolitik möglich. Also noch einmal: herzlichen Dank für ihren Einsatz und ihre Mühe.

Nun aber zurück zum Eisberg und dem drohenden Unglück. Auch Braunschweig braucht ein Umlenken, ein Umdenken, damit es eben nicht zu dieser dramatischen Verschuldung bis in das Jahr 2024 kommt. Wir müssen wie der Schiffskapitän alles dafür tun, damit Braunschweig manövrierfähig, handlungsfähig bleibt. Immer mehr Schulden anzuhäufen ist der falsche Weg.

Über eins müssen wir uns im Klaren sein, die eine Milliarde Euro Schulden bedeuten nicht das Ende der unseriösen und unsoliden Haushaltspolitik von Rot-Grün. Nein, die prognostizierten Rekordschulden werden danach weiter steigen, wenn nicht endlich haushaltspolitische Vernunft einsetzt. Das Jahr 2024 bildet derzeit nur deshalb den Abschluss dieses traurigen Rekords, weil es das Ende des aktuellen Betrachtungszeitraums ist. Eine Idee, wie dem weiteren Schuldenmachen Einhalt geboten werden soll, haben wir von Rot-Grün noch nicht gehört – es gibt einfach keinen Plan.

Wir hingegen stehen für kluge Entscheidungen, für kluge Investitionen – dafür muss Geld vorhanden sein. Für uns steht der Bau von bezahlbaren Wohnungen für das klassische mittlere Einkommenssegment im Fokus.

Prestigeprojekte mit sehr langen Vorlaufzeiten und schwieriger Vorbereitung des Baufelds passen nicht in die Zeit. Das gilt auch für Gewerbeflächen. Wichtig ist, dass wir günstiger und schneller bauen, um den Mietanstieg zu stoppen.

Wir wollen, dass der Krankenpfleger und die Polizistin, die Tag für Tag für unsere Sicherheit sorgen, sich in Braunschweig auch künftig eine Wohnung leisten können und nicht ins Umland abwandern müssen. Das gilt auch für junge Familien. Dass Braunschweig im vergangenen Jahr entgegen aller Prognosen Einwohner verloren hat, erfüllt uns mit Sorge und unterstreicht unseren Ansatz.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist schon jetzt eine irrational hohe Verschuldung erreicht. 2024 ist eben nur das Ende des Betrachtungszeitraums, aber keinesfalls das Ende rot-grüner Schuldenpolitik. Dem kann nur die Kommunalwahl im September Einhalt gebieten.

Natürlich hat Corona auch große Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Corona ist deshalb auch Erklärung für vieles, darf aber nicht Ausrede für Alles sein! Die CDU-Ratsfraktion kritisiert seit Jahren den immer schneller anwachsenden Schuldenberg und das gleichzeitige Schrumpfen der liquiden Mittel in der Stadtkasse. Die Stadt steuert sehenden Auges in ihre wohl größte Finanzkrise.

In der mittelfristigen Finanzplanung geht die Verwaltung bereits von 548 Millionen Euro allein an Geldschulden aus. Das ist schon mehr als das katastrophale Erbe, das Rot-Grün 2001 dem damaligen Oberbürgermeister Gert Hoffmann und der CDU/FDP-Ratsmehrheit mit 469 Millionen hinterlassen hatte.

Größte Anstrengungen waren über mehr als ein Jahrzehnt erforderlich, um wieder in Ordnung zu bringen, was Rot-Grün hinterlassen hatte. Sparprogramm, Teilprivatisierungen, Baulandausweisung, neue Gewerbegebiete mit der Folge von höheren Einkommens- und Gewerbesteuer-einnahmen – all das führte in Summe dazu, dass Braunschweig deutschlandweit als haushaltspolitisches Vorbild galt.

Braunschweig lag in Städterankings nicht zuletzt aufgrund der soliden Haushaltsführung weit vorn. Die WirtschaftsWoche 2008 führte die Stadt insgesamt auf Platz zehn in Deutschland, beim Dynamikranking sogar auf Platz sechs.

Wie es heute um die Stadt und ihre Innovationsfähigkeit bestellt ist, mag ein Blick auf die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität belegen. Braunschweig belegt in der Untersuchung des Verbands der Automobilindustrie Platz 354 unter 400 untersuchten Städten und Landkreisen. Daraus lässt sich schließen, dass eben nicht mit wachem Auge in die Zukunftsfähigkeit investiert wurde.

Die Anzahl der öffentlichen Ladesäulen stagniert seit Jahren. Die Mehrzahl der Ladepunkte ist in der Zeit zwischen 2012 und 2015 entstanden. Damals war die Metropolregion mit Braunschweig als eine von nur vier Regionen deutschlandweit als „Schaufenster Elektromobilität“ ausgewählt worden. Die Stadt hat auch in diesem Punkt unter rot-grüner Ratsmehrheit ihren guten Vorsprung verspielt. So wie bei den Finanzen eben auch.

Im Gegensatz zu den allermeisten anderen Kommunen und trotz unserer permanenten Warnungen in Zeiten herausragend hoher Steuereinnah-

men wurde in Braunschweig zu unkoordiniert und ohne jegliche Weitsicht zu viel Geld ausgegeben. Wir sind nicht stolz darauf, dass wir mit unseren steten Mahnungen Recht hatten, müssen das aber jetzt doch konstatieren.

Damit unsere Position eindeutig klar wird. Wir wollen kein Sparen um jeden Preis. Zumal hier schon die Begrifflichkeit vollkommen falsch gewählt ist. Denn es geht nicht darum zu sparen, also Geld für schlechte Zeiten oder eine Investition an die Seite zu legen. Vielmehr geht es darum, dass wir nicht noch mehr Geld ausgeben, welches wir sowieso nicht haben. Einen komplett Verzicht auf Investitionen, auch wenn das an der ein oder anderen Stelle durchklang, wollen natürlich auch wir nicht. Dadurch würde am Ende nur ein Sanierungsstau entstehen und nicht in die Zukunft der Stadt investiert. Was wir wollen sind gezielte Investitionen und keine Klientelpolitik mit der Gießkanne. Für diesen Verein ein paar Euro und hier nochmal ein bisschen was. So geht das nicht, meine Damen und Herren.

Oft heißt es zum Beispiel, die geplante Sanierung des Sitzungssaals soll „nur“ 210.000 Euro kosten. Dieses „aber das kostet doch nur so und so viel“ ist der Kern unsolider Haushaltsführung und leider das wenig kompetente Kernargument von Rot-Grün.

Oberbürgermeister Markurth und die rot-grüne Ratsmehrheit haben 2014 einen faktisch schuldenfreien Haushalt übernommen. In wenigen Jahren haben sie Braunschweig im Rekordtempo in die Rekordverschuldung getrieben.

Wir wollen, dass Schulsanierungen und der Ausbau der Kinderbetreuung ungebremst weitergehen. Aber alles andere muss auf den Prüfstand.

Es macht auch aus einem anderen als dem haushaltspolitischen Grund keinen Sinn, den Haushalt künstlich aufzublähen. Es ist schon jetzt klar, dass viele Projekte, für die Mittel eingestellt wurden, auf absehbare Zeit gar nicht von der Verwaltung abgearbeitet werden können. Die Verwaltung hinkt allein beim Straßenbau schon um zwei Jahre hinterher. Ähnliches gilt auch für Hochbau und Gebäudesanierung.

Deswegen haben wir vorgeschlagen, bereits geplante Projekte zunächst abzuschließen, bevor neue in den Haushalt gestellt werden. Das halten wir für eine seriöse Herangehensweise, um den Haushalt nicht ausufern zu lassen. Der Schiffskapitän, der den Eisberg schon in Sichtweite vor sich hat, schreit ja auch nicht „volle Fahrt voraus“!

Was kann also der Grund dafür sein, dass Rot-Grün immer weitere Projekte ohne Sinn und Verstand in den Haushalt drücken will, obwohl ihnen natürlich auch klar ist, dass daraus vorläufig nichts werden kann? Dieser vorgelegte Haushalt ist schlicht und ergreifend der anstehenden Wahl im September geschuldet. Er gaukelt den Bürgerinnen und Bürgern vor, dass alle ihre Wünsche und Anliegen erfüllt werden. Aber das ist pure Augenwischerei.

Für die nicht erledigten Arbeiten steigen die sogenannten Haushaltsreste nach Angaben der Verwaltung von 126,1 Millionen Euro zum Ende 2020 auf in 2024 enorme 162,7 Millionen Euro an. Der Eisberg kriegt fatalerweise nur noch mehr Tiefgang.

Zu den Projekten, die aus unserer Sicht vorerst keine Priorität genießen sollten, zählt die sogenannte Bahnstadt. Ein Prestigeprojekt, das enorme Planungsleistungen der Verwaltung voraussetzt und zig Millionen Euro kommunale Gelder benötigt. Die Argumentation, dass das jetzt opportun sei wegen möglicher Fördersummen und überhaupt der aktuellen Niedrigzinsphase, benebelt offenbar die Befürworter.

Am Ende bleibt die Tilgung über Jahrzehnte. Sie wird die Handlungsfähigkeit der Stadt einschränken.

Eine weitere Tilgung über Jahrzehnte erwartet uns bei dem so genannten Passivposten im Ergebnishaushalt. Da die Corona-Pandemie bekanntermaßen massive Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte hat und auch zukünftig haben wird, hat der Landesgesetzgeber mit dem Passivposten eine Möglichkeit geschaffen, die Corona-bedingten Mehrausgaben sowie Mindererträge nicht sofort und unmittelbar ins Jahresergebnis einfließen zu lassen. Nach der heute zu beschließenden Haushaltssatzung wird sich dieser Passivposten auf 203,5 Millionen Euro am Ende des Jahres 2022 belaufen. Dieser Betrag wird also nicht auf die Überschussrücklage angerechnet, denn sonst wären lediglich noch knapp 30 Millionen Euro vorhanden und es würde sofortiger Handlungsdruck entstehen. Allerdings muss auch an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es sich bei der Überschussrücklage nicht um bares Geld auf einem Konto handelt, sondern um eine rein rechnerische Größe, welche die finanzielle Solidität einer Kommune belegen soll. Vorgabe des Landes ist es, dass dieser Passivposten über 30 Jahre getilgt werden muss. Die gerechteste Lösung für nachfolgende Generationen wäre es, wenn man bereits ab 2023 in gleichbleibenden Raten in diese Tilgung einsteigt. Diese – eigentlich selbstverständliche Lösung –

haben wir beantragt, leider wurde es abgelehnt. Rot-Grün wählt lieber die Formulierung, dass man ab 2025 plant in die Tilgung einzusteigen. Schaut man sich nun die mittelfristige Finanzplanung an, endet der Betrachtungszeitraum 2024 – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Nicht wirklich glücklich sind wir auch mit der Umsetzung der Vorschläge der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement im Rahmen des angestrebten Konsolidierungsprozess. Wir hatten bereits vor einem Jahr deutlich gemacht, dass wir diesen Empfehlungen zustimmen würden, wenn es einen ausgewogenen Mix zwischen Ausgabekürzungen und Einnahmeerhöhungen gebe. Nach einem umfangreichen Bewertungsprozess innerhalb der Verwaltung hat nun auch die Politik darüber beraten und zahlreiche Ideen der KGSt zurückgewiesen.

Wir hätten uns mehr gewünscht und haben deshalb zu den Beratungen im Finanzausschuss noch einmal explizit vorgeschlagen, die monatliche Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder von 390 Euro auf 350 Euro zu senken. Wir können doch nicht den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche greifen und zum Beispiel in der Stadtbücherei höhere Gebühren verlangen, ohne selbst in diesen finanzpolitisch schwierigen Zeiten ein Zeichen zu setzen.

Doch selbst dieser Antrag hat ja keine Zustimmung gefunden. Es mangelt der Mehrheit hier im Rat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz offensichtlich am ernsthaften Interesse und am in der Öffentlichkeit erkennbaren Willen, das Problem der überbordenden Verschuldung dieser Stadt anzugehen. Da gibt der Rat der Stadt Braunschweig kein gutes Bild ab.

Um im Bild zu bleiben, lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Es dauert nicht mehr lange, bis das Schiff ungebremst und mit voller Wucht auf den Eisberg prallt. Deswegen sagen wir Stopp! Dieser Haushalt ist nicht solide. Die CDU-Ratsfraktion lehnt ihn aus guten Gründen ab. Er verdient keine Stimme von uns.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.